

Freie Demokraten

Landesverband
Thüringen **FDP**

Antragsbuch

43. ordentlicher Landesparteitag der
FDP Thüringen

19./20. Oktober 2024

Ilmenau

INHALTSVERZEICHNIS

NR	INHALT	SEITE
S001	Satzungsänderungsantrag Anpassung an die Bundessatzung in § 1 Absatz 2 Satz 2 Antragssteller: Landesvorstand	3
S002	Satzungsänderungsantrag Liberaler Vielfalt Antragssteller: Landesvorstand	4
S003	Satzungsänderungsantrag Ermöglichung einer Doppelspitze für Landesverband und Kreisverbände Antragssteller: KV Nordhausen, Claus Peter Rossberg, Franziska Baum	5
ÄA zum S003	Änderungsantrag zum Satzungsänderungsantrag Ermöglichung einer Doppelspitze für Landesverband und Kreisverbände Antragssteller: Michael Schubert	6
001	Antragsinhalt: Experiment Bürgerräte beenden Antragsteller: Stefan Carl, Antonius Simon	7
002	Antragsinhalt: Liberalismus in Thüringen 2024 Antragsteller: Dr. Hartmut Lopp	8
003	Antragsinhalt: Faire Wettbewerbsbedingungen für das mittelständische Zahntechniker-Handwerk Antragsteller: Robert-Martin Montag	10

43. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 19./20.10.2024 in Ilmenau

Seite 1

ANTRAG-NR. S01

Satzungsänderungsantrag

Antragsinhalt: Anpassung an die Bundessatzung in § 1 Absatz 2 Satz 2

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Ersetze in § 1 Absatz 2 Satz 2 „des Standes, der Herkunft, der Rasse,“ durch „der sozialen
2 und ethnischen Herkunft,“

3

4 **Begründung:**

5 Anpassung an die Bundessatzung

6 Der 75. ordentliche Bundesparteitages der FDP (Berlin, 27. bis 28. April 2024) hat die
7 gleichlautende Änderung beschlossen.

8 Nach §28(2) der Bundessatzungen sind die Bestimmungen der §§ 1 bis 7, 8 Abs. (1) bis (3),
9 der §§ 9, 11, 12 Abs. 2a mit Ausnahme von Satz 2 Nr.1, des 13 Abs. (8), des § 15, des § 19
10 Abs. (4) und (5) und der §§ 20, 24, 25a, 26 Abs. (6), des § 27 Abs. (2) und des § 30 der
11 Bundessatzung grundsätzlich und gehen allen Landessatzungen vor.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

43. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 19./20.10.2024 in Ilmenau

Seite 1

ANTRAG-NR. S02

Satzungsänderungsantrag

Antragsinhalt: Liberale Vielfalt

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Füge ein: §17 (2) 15. einem Vertreter der Liberalen Vielfalt

2

3 **Begründung:**

4 Anpassung an die Bundessatzung

5 Der 75. ordentliche Bundesparteitages der FDP (Berlin, 27. bis 28. April 2024) hat die
6 Liberale Vielfalt als Vorfeldorganisation anerkannt. Sobald sich die Liberale Vielfalt mit
7 einem Landesverband in Thüringen gegründet hat, ist sie nach der Satzungsänderung
8 berechtigt, mit beratender Stimme in den entsprechenden Gremien der Landespartei
9 mitzuwirken.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

43. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 19./20.10.2024 in Ilmenau

Seite 1

ANTRAG-NR. S003

Satzungsänderungsantrag

Antragsinhalt: Ermöglichung einer Doppelspitze für Landesverband und Kreisverbände
Antragsteller: KV Nordhausen, Claus Peter Rossberg, Franziska Baum

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 § 21, Satz 1 Nummer 1 der Landessatzung wie 1 folgt zu ändern:

2

3 §21 Landesvorstand

4 (1) Der Landesvorstand besteht

5 1. aus dem Präsidium, und zwar

6 6 a) einem oder zwei Landesvorsitzenden (Doppelspitze)

7 7 b) bis e) bleiben erhalten

8

9 Analog wird Paragraph 27 für die Kreisvorstände geändert.

10

11 Begründung:

12 Mit der Einführung der Möglichkeit einer Doppelspitze wird ermöglicht, dass der
13 Landesverband und die Kreisverbände gerade in den fordernden Zeiten der
14 außerparlamentarischen Opposition die Verantwortung auf mehr Schultern verteilen
15 können. Verschiedene Stärken von mehreren Personen können zum gemeinsamen Erfolg
16 des Landesverbandes und der Kreisverbände führen. Auch Generationenwechsel in den
17 Verbänden kann so besser ermöglicht werden.

18 Die Erfahrungen des Landesverbandes Bayern, die diese Möglichkeit bereits eingeführt
19 haben sind positiv. Es bleibt der Mitgliederversammlung überlassen, ob sie von der
20 Möglichkeit Gebrauch macht.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

43. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 19./20.10.2024 in Ilmenau

Änderungsantrag zu Satzungsänderungsantrag S003

Antragsteller: Michael Schubert

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Zeile 7
- 2 „b) bis e) bleiben erhalten“
- 3
- 4 dahin gehend ändern
- 5
- 6 „b, c, e bleiben erhalten“
- 7 Änderung in d)
- 8 d) bei zwei Landesvorsitzenden bis zu 6 Beisitzern bzw. bei einem Landesvorsitzenden bis zu
- 9 7 Beisitzern.
- 10
- 11
- 12 Begründung:
- 13 Eine Aufstockung des Vorstandes führt nicht notwendigerweise zu einer verbesserten oder
- 14 effektiveren Zusammenarbeit. Aus der Erfahrung ist eher das Gegenteil der Fall. Daher die
- 15 angeregte Verkleinerung des Vorstandes.

angenommen:
abgelehnt:
überwiesen:

43. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 19./20.10.2024 in Ilmenau

Seite 1

ANTRAG-NR. 001

Antragsinhalt: Experiment Bürgerräte beenden
Antragsteller: Stefan Carl, Antonius Simon

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, deren Kern und
2 zentraler Ort des demokratischen Diskurses die Parlamente sind.
3 Demokratie ist nicht statisch und wird von außen und innen angegriffen und entwickelt sich
4 weiter. In der vergangenen Legislatur wurden erstmals auf Bundesebene Bürgerräte
5 geschaffen. Diese experimentelle Form der Bürgerbeteiligung, die sich auch in unserem
6 Bundestagswahlprogramm 2021 findet, ist nicht geglückt und werden wir nicht
7 weiterverfolgen. Die FDP Thüringen wird aktiv dafür einsetzen, dass Bürgerräte nicht mehr
8 Teil des kommenden Wahlprogramms werden. Bürgerbeteiligung grundsätzlich ist
9 begrüßenswert und zu stärken. Das Petitionsrecht sollte daher gestärkt werden. Die von den
10 Freien Demokraten bereits eingebrachte Idee der Bürgerplenarverfahren stützen wir.

11
12 Begründung:
13 Bürgerräte wollten im politischen Raum schon viele Akteure ausprobieren, namentlich die
14 Ampelparteien - aber auch Wolfgang Schäuble war ein großer Befürworter.
15 Nachdem nun der Bürgerrat Ernährung der erste reale Fall auf Bundesebene war, konnte das
16 Ergebnis nicht überzeugen. Es herrscht in der Gesellschaft große Skepsis bezüglich der
17 Repräsentativität und der Unabhängigkeit. Ein solcher Rat organisiert sich nicht selbst,
18 sondern wird organisatorisch geleitet. Die Herren des Verfahrens haben daher einen großen
19 Einfluss - etwa auf die Auswahl der Experten und die Fragestellungen.
20 Im Ergebnis ist eine Sammlung teilweise kleinteiliger Forderungen an die Politik entstanden,
21 deren Mehrwert und politische Tiefe fraglich ist. Irgendeine Bindungswirkung entsteht aus
22 den Berichten ohnehin nicht, da diese Räte keine weitergehenden Rechte haben. Der
23 gewünschte Vertrauenszuwachs in den politischen Prozess ist nicht entstanden.
24

angenommen:
abgelehnt:
überwiesen:

43. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 19./20.10.2024 in Ilmenau

ANTRAG-NR. 002

Antragsinhalt: Liberalismus in Thüringen 2024

Antragsteller: Dr. Hartmut Lopp

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landtagswahl 2024 zeigt, wie groß die Unzufriedenheit mit der etablierten Politik in Thüringen
2 ist. Die staatstragenden Parteien der früheren Bonner, jetzt Berliner Republik, besetzen kaum mehr
3 ein Drittel der Parlamentssitze in Thüringen.
4 Die Freien Demokraten, die Partei, die den Liberalismus vertritt, ist auf den schlechtesten Wert seit
5 1990 geschrumpft.
- 6 Liberale Werte sind jedoch Kern dessen, was Deutschland erfolgreich gemacht hat und was viele
7 Bürger glauben, dass es entgleitet. Diese Grundfesten sollten in der politischen Rhetorik jedoch nicht
8 in Frage gestellt werden.
- 9 **Wirtschaftliche Freiheit** – Privateigentum, Freihandel – die unsichtbare Hand des Marktes – sind die
10 Voraussetzung für Wohlstand.
- 11 Wohlstand ist nicht selbstverständlich oder etwas, auf das ein Anspruch besteht, sondern das
12 Resultat von persönlicher Anstrengung, Motivation, Risikobereitschaft der vielen Einzelnen.
13 Wohlstand gibt es nicht ohne **Wachstum**. Wachstum gibt es nicht ohne Fortschritt. Neue
14 Technologien werden das Leben besser machen. Gerade in **alternden Gesellschaften** ist Innovation
15 nötig, um Wohlstand zu erhalten. Die Sorgen um Klima und Umwelt sind berechtigt, werden jedoch
16 nur durch **Fortschritt**, nicht durch Rückschritt gelöst.
- 17 Thüringen und Deutschland in der EU sind Garanten für wirtschaftliche Freiheit. Die Westbindung
18 und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft haben uns Prosperität verschafft.
- 19 **Individuelle Freiheit – Meinungsfreiheit, Grundrechtsschutz, die Möglichkeit, seinen**
20 **Lebensentwurf selbst zu gestalten, Schutz des Eigentums** waren in keinem deutschen Staat
21 gegeben, wie sie es in der Bundesrepublik sind. Freiheit umfasst aber auch und vor allem die
22 Verantwortung, zuerst ist der Einzelne verantwortlich. Wir Liberale werden diese Rechte verteidigen
23 – wir werden auch denen entgegentreten, die behaupten, man könne seine Meinung nicht mehr
24 sagen. Üblicherweise sind es diejenigen, die erstaunliche Sympathie für Autokraten zeigen, in denen
25 all diese Rechte willkürlich oder systematisch verletzt werden, die sehr erfolgreich behaupten, sie
26 dürften nicht frei reden. Etwas, das sie täglich und ausgiebig auf jeder bekannten Plattform tun.
- 27 **Bildungsbürgertum und politische Bildung** – ein klares Bekenntnis zum mündigen Bürger, zu
28 Demokratie und dem Bildungsauftrag der Gesellschaft.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

29 Für eine starke, handlungsfähige und wehrhafte demokratische Gesellschaft **ist Bildung eine**
30 **Schlüsselvoraussetzung**. Oft nehmen wir wahr, dass Debatten nicht mit Sachverstand, sondern auf
31 einer emotional geleiteten Gefühlsebene geführt werden. Hier braucht es eine klare **Initiative für**
32 **politische Bildung**. Dies umfasst weitaus mehr als die Stärkung politischer Bildung im Rahmen der
33 staatlichen Organe. Vielmehr erwächst der Anspruch an jeden einzeln handelnden Menschen, vor
34 allem aber an die handelnden Politiker an vorderster Stelle, die **Debatten sachlich und wertbezogen**
35 **zu führen**, sich dabei nicht auf die Einfachheit eines populistischen Weltbildes zu verlassen und die
36 Bürger damit politisch zu entmündigen. Die Bürger wollen Politik verstehen und sie wollen sich
37 beteiligen, nur finden die Debatten teilweise fernab von der gesellschaftlichen Realität und ohne
38 konkreten Sachbezug statt. Dies muss sich ändern.

39 **Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung** - Grundprinzipien eines liberalen Staatswesens und in
40 Deutschland und Thüringen etabliert. Die Gerichte entscheiden überparteilich. Wie sonst wäre es zu
41 erklären, dass Regierungen regelmäßig vor Verfassungsgerichten unterlegen sind?

42 Auch wenn keiner der Bereiche perfekt funktioniert oder keiner Reformen bedürfte - das
43 Gegenteil ist der Fall. Wir leben in einer liberalen, parlamentarischen, rechtsstaatlichen Demokratie.
44 Die Gerichte sind unabhängig, demonstriert wird für Anliegen auf allen Seiten des politischen
45 Spektrums - besonders intensiv für radikale Positionen.
46 Thüringen braucht nach Ansicht der Freien Demokraten eine Stärkung der politischen Kraft aus der
47 Mitte von Gesellschaft und Parlament, ein Bekenntnis und Verteidigung der besprochenen
48 Grundwerte, Sie sind Basis und Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Politik. Die Thüringer
49 Politik braucht weniger Populismus und Scheindebatten - sondern Zeit und Energie für notwendige
50 Reformen, für Aufschwung und zur Stärkung der politischen Mitte.

51 Wir Freien Demokraten bekennen uns zu einem umfassenden Liberalismus, der wirtschaftliche und
52 individuelle Freiheit, Bildungsbürgertum sowie politische Bildung und
53 Rechtsstaatlichkeit umfasst. Wir werden uns in der Zeit der außerparlamentarischen Opposition
54 **konkret und sachbezogen** in diesem Sinne in die politischen Debatten einbringen.

55 Begründung

56 erfolgt mündlich.

57

Antragsinhalt: Faire Wettbewerbsbedingungen für das mittelständische Zahntechniker-Handwerk

Antragsteller: Robert-Martin Montag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Faire Wettbewerbsbedingungen für das mittelständische Zahntechniker-Handwerk**

2

3 Die Versorgung mit Zahnersatz ist ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung. Sie
4 verhindert negative gesundheitliche Folgen und ist unerlässlich für eine berufliche sowie
5 soziale Teilhabe. Wesentlich für die Gewährleistung der Versorgung mit Zahnersatz ist das
6 mittelständische Zahntechniker-Handwerk mit seinen flächendeckenden
7 Betriebsstrukturen.

8 Der Fachkräftemangel, der demographische Wandel, aber auch die strukturelle Schwächung
9 des ländlichen Raums gefährden jedoch die Qualität der Versorgung zunehmend. Gerade im
10 ländlichen Raum dünnt das Versorgungsangebot dramatisch aus. Wartezeiten verlängern
11 sich für Patienten zunehmend. Bestimmte Versorgungsformen, die gerade in
12 strukturschwachen Regionen mit hohem Härtefallanteil alternativlos sind, können nicht
13 mehr erbracht werden, weil die Herstellungskosten die Vergütungen deutlich übersteigen.
14 Denn die Vergütungsstrukturen sind seit Jahren für Zahnersatzversorgung unzureichend. Die
15 abrechenbaren Preise für Regelversorgung sind sogar defizitär. Die wirtschaftliche
16 Auskömmlichkeit bleibt bei vielen Leistungspositionen reine Fiktion. Ein besonders
17 drastisches Beispiel ist die Vergütung von Reparaturen bei herausnehmbaren Prothesen.
18 Teilweise muss diese Leistungsart durch zahntechnische Betriebe abgelehnt werden, da die
19 Betriebe ansonsten für diese Leistungen draufzahlen.

20 Bei einem Gewerk mit einem Lohnkostenanteil von rund 60% der Gesamtkosten können für
21 einen hochkomplexen, medizinischen Beruf angemessene Entgelte nur bezahlt werden,
22 wenn aus den Vergütungen für die Leistungen entsprechende Einnahmen erzielt werden.
23 Folglich hinkt auch die Lohnentwicklung der Inflation deutlich hinterher und macht das
24 Berufsbild zunehmend unattraktiv. Der Fachkräftemangel verstärkt sich hierdurch weiter.
25 Weniger junge Menschen kommen in den Beruf, Ausbildungen werden abgebrochen,
26 Fachkräfte verlassen das Gewerk in andere Wirtschaftszweige und Betriebe finden keine
27 Nachfolge.

28 Um die Versorgungsqualität sicherzustellen, braucht es daher faire
29 Wettbewerbsbedingungen und einen rechtlichen Rahmen, in dem faire Verhandlungen
30 zwischen dem Verband der Deutschen Zahntechniker-Innungen und dem Kostenträger
31 möglich sind. Dafür müssen zwangsläufig § 57 Abs. 2 SGB V und § 88 Abs. 2 SGB V so
32 angepasst werden, dass zukünftig bei den Vereinbarungen über die Preise die Entwicklung
33 der Sachkosten, Personalkosten und der durchschnittlichen laufenden Kosten für den
34 zahntechnischen Betrieb Berücksichtigung finden müssen.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Begründung
Erfolgt mündlich.